Medienkommentar

Geplanter Impfzwang gegen Masern unangemessen? Aktuell von der Demo Berlin: „Nein zum Impfzwang!“

**Schaut man auf die hochoffiziellen Masernzahlen des Robert Koch-Institutes, zeigen die bisher erfassten Zahlen von 2019 weder eine Zunahme noch ein Häufen von Masererkrankungen für Deutschland. Stehen deshalb eine geplante Impfplicht sowie die angedrohten Strafmaßnahmen für Impfverweigerer im Verhältnis zur tatsächlichen Gefahrenlage? Das „Netzwerk Impfentscheid Deutschland“ rief deshalb am 14. September 2019 zur Demo nach Berlin auf unter dem Motto: „Nein zum Impfzwang – Impfen muss freiwillig bleiben“**

In der aktuellen Impfpflicht-Debatte in Deutschland werden immer wieder die drastische Zunahme von Masern-Fällen sowie die Gefährlichkeit dieser Krankheit mit Todesfolge hervorgehoben. Der Bundesgesundheitsminister Spahn hält es "für einen Skandal, dass immer mehr Kinder in Deutschland an Masern erkranken". Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung gibt vor zu wissen, dass sich "in den Praxen der niedergelassenen Ärzte zurzeit Fälle von Masern häufen" und die Tagesschau sieht angesichts der "Masern-Ausbreitung ... in Deutschland ... Grund zur Sorge". Doch die hochoffiziellen Masernzahlen des Robert Koch-Institutes zeigen deutlich, wie unverhältnismäßig und unangemessen argumentiert wird: Die bisher erfassten Zahlen von 2019 zeigen weder eine Zunahme noch ein Häufen von Masernerkrankungen für Deutschland. Bis Ende der 31. Kalenderwoche lagen die 2019er Zahlen bei deutlich weniger als 40% des langjährigen Durchschnitts. Auch die Betrachtung der Todesfälle an Masern in Deutschland, mit denen eine Impfpflicht gerechtfertigt wird, entbehrt jeder Verhältnismäßigkeit. Seit 2001 starb ein Säugling an Masern. Sechs weitere Kinder unter 15 Jahren starben seit 2001 im Rahmen einer akuten Masernerkrankung. Keinesfalls ignoriert werden darf, dass in den letzten fünf Jahren mindestens zwei Kinder, nachweislich und vom zuständigen Paul-Ehrlich-Institut (PEI) bestätigt, an der MMR-Impfung verstorben sind. Trotzdem verabschiedete das Bundeskabinett das Masernschutzgesetz. Nicht geimpften Kindern soll demnach der Kindergartenbesuch verweigert werden, Eltern von Schulkindern drohen Strafgelder bis zu 2.500 Euro, wenn sie die Impfung ihrer Kinder verweigern, und nicht geimpften Lehrern und Erziehern droht der Jobverlust, ebenso wie ungeimpftem Gesundheitspersonal.
Wie kann es sein, dass die Politik im Falle der Masern derartige Zwangsmaßnahmen beschließen möchte, jedoch auf Gebieten, die nachweislich viel dramatischere Auswirkungen auf das Leben und die Gesundheit von Kindern und Gesellschaft haben, gar nicht gehandelt wird? Als Beispiel seien die jährlich ca. 10.000 Babys in Deutschland genannt, die mit alkoholbedingten Schädigungen zur Welt kommen. Mehr als 2.000 von ihnen < diese Zahlen zu den Folgen von Alkoholkonsum zu Tage. Doch haben die Ergebnisse bisher weder den Gesundheitsminister noch die Medien dazu veranlasst, gegen diese gefährliche Suchterkrankung entsprechend vorzugehen.
Immer mehr Menschen vermuten hinter einem derart unangemessenen Handeln gewinnbringende Interessen, vor allem der Pharmaindustrie. Im Zuge des geplanten Impfgesetzes für Deutschland organisiert sich deshalb ein immer breiter werdender Widerstand. „Wenn wir uns jetzt nicht wehren, tritt das Gesetz im März 2020 in Kraft, und es ist zu befürchten, dass weitere Zwangsimpfungen folgen werden“, so die Initiative für freie Impfentscheidung.

[Moderation an der Demo]
Um diese Masern-Zwangsimpfung zu verhindern, sind heute, am 14.09.2019, hier in Berlin Hunderte von Menschen auf der Straße. Dies zeigt ein großes Interesse der Öffentlichkeit für dieses Thema.

Unter dem Motto „Nein zum Impfzwang – Impfen muss freiwillig bleiben“ rief das „Netzwerk Impfentscheid Deutschland“ für die heutige Demo auf. Die Veranstalter betonen, dass sie keine Impfgegner sind, aber eine geplante Zwangsimpfung stehe in keinem Verhältnis zur eigentlichen Gefahrenlage.
Die Initiatoren sehen mit dem Masernschutzgesetz die Büchse der Pandora geöffnet, denn eine indirekt erzwungene Masernimpfung hätte unweigerlich den Zwang zur 3fach-Impfung zur Folge, da es in Deutschland keinen Einzelimpfstoff für Masern gibt. Dies bestätigt auch Gesundheitsminister Jens Spahn. Er äußerte, dass es in Deutschland keinen Bedarf am Einzelimpfstoff für Masern gäbe.
Neben einer weiterhin freien und selbstbestimmten Impfentscheidung fordern die Initiatoren heute hier in Berlin vor allem folgendes:
dass der Arzt für eine ergebnisoffene Beratung in jedem Falle eine Vergütung erhält.
Des Weiteren fordern sie eine neutrale und transparente, öffentliche Information zu empfohlenen Impfungen,
eine umfassende, unabhängige Untersuchung zur Sicherheit und zur Nachhaltigkeit von Schutzimpfungen
sowie eine ehrliche Aufklärung zu den Nebenwirkungen. Dies sollte selbstverständlich sein.

„Das Gute mit Gewalt zu realisieren ist immer gescheitert – man kann nur für das Gute werben“, sagte der Kinder- und Jugendarzt Michael Friedel, Vorstand der „Ärzte für individuelle Impfentscheidung e.V.“ auf einer Pressekonferenz. Hoffen wir, dass das heutige Werben der Teilnehmer Gehör findet in Politik und Medien.

Auch viele unabhängige Berichterstatter haben den Weg hierher gefunden. Wir von Kla.TV werden in den kommenden Tagen noch einmal ausführlich von dieser Demonstration „Nein zum Impfzwang“ berichten. Sind wir mal gespannt, inwieweit dies auch in den öffentlich-rechtlichen Medien der Fall sein wird. Für heute verabschieden wir uns von Ihnen mit ein paar abschließenden Impressionen live aus Berlin.

**von ah.**

**Quellen:**

[https://www.impf-info.de/die-impfentscheidung/die-diskussion-über-die-impfpflicht/272-die-trumpisierung-der-impfdiskussion.html](https://www.impf-info.de/die-impfentscheidung/die-diskussion-%C3%BCber-die-impfpflicht/272-die-trumpisierung-der-impfdiskussion.html)
<https://www.tagesschau.de/inland/masern-impfung-109.html>
<https://www.kbv.de/html/2019_39748.php>
<https://connectiv.events/events/demo-fuer-impffreiheit-fuer-unsere-grundrechte-impfen-muss-freiwillig-bleiben/>
<https://wize.life/news/gesundheit/96317/tausende-babys-kommen-in-deutschland-geschaedigt-zur-welt-weil-die-mutter-alkohol-trinkt>
<https://individuelle-impfentscheidung.de/impfpflicht/petition.html>
<https://connectiv.events/events/demo-fuer-impffreiheit-fuer-unsere-grundrechte-impfen-muss-freiwillig-bleiben/>
<http://www.libertas-sanitas.de>
<https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2019/08/29/kein-bedarf-an-masern-monoimpfstoffen>

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#Impfen - – ja oder nein? Fakten & Hintergründe ... - [www.kla.tv/Impfen](https://www.kla.tv/Impfen)

#Masern - [www.kla.tv/Masern](https://www.kla.tv/Masern)

#DemoFreieImpfentscheidung - Demo-FreieImpfentscheidung - [www.kla.tv/DemoFreieImpfentscheidung](https://www.kla.tv/DemoFreieImpfentscheidung)

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](https://www.kla.tv/Medienkommentare)

#DemoBerlin - [www.kla.tv/DemoBerlin](https://www.kla.tv/DemoBerlin)

**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz:  Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.